



EUROPÄISCHE KOMMISSION

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 3 Juli 2012

Wissen, Verantwortung und Engagement: die Arktispolitik der EU

Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU haben heute das weitere Vorgehen der EU in Bezug auf ihr konstruktives Engagement in der Arktis dargelegt. Die Arktis ist ein lebenswichtiger Bestandteil der Umwelt der Erde. Der Klimawandel in der Arktis schreitet dramatisch voran – Veränderungen sind von Jahr zu Jahr zu beobachten – und hat erhebliche Auswirkungen auf ihr Ökosystem und die Existenzgrundlage ihrer Bewohner. Gleichzeitig eröffnen der rasche Rückgang des Meereises und der technologische Fortschritt neue wirtschaftliche Möglichkeiten in der Region wie Schifffahrt, Bergbau, Energiegewinnung und Fischerei. Diese Aktivitäten sind zwar für die globale Wirtschaft von Vorteil, erfordern jedoch einen umsichtigen und nachhaltigen Ansatz: sollten die höchsten Umweltstandards nicht erfüllt werden, ist von weiteren Auswirkungen auf die empfindliche Arktis auszugehen.

Zusammengefasst in drei Worte – „Wissen, Verantwortung, Engagement“ – enthält die heute angenommene Strategie eine Reihe greifbarer Maßnahmen, die zur Forschung und nachhaltigen Entwicklung in der Region beitragen und umweltfreundliche Technologien fördern, die für nachhaltige Schifffahrt und nachhaltigen Bergbau eingesetzt werden könnten. Ferner werden die EU-Maßnahmen in der Arktis seit 2008 hervorgehoben. In den letzten zehn Jahren hat die EU beispielsweise einen Beitrag von jährlich 20 Mio. EUR für die Arktisforschung eingesetzt und seit 2007 mehr als 1,14 Mrd. EUR in die nachhaltige Entwicklung der Region investiert.

Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU und Vizepräsidentin der Kommission, erklärte dazu: *„Mit den heute vorgestellten Maßnahmen möchten wir der Welt zeigen, dass die EU ihre Verpflichtungen gegenüber der Arktis ernst nimmt. Die Entwicklungen in der Arktis machen unsere Arbeit zur Bekämpfung des globalen Klimawandels noch dringlicher und sind in strategischer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht von zunehmender Bedeutung für die Europäische Union. Die EU möchte einen positiven Beitrag zur Zusammenarbeit zwischen den arktischen Staaten leisten und den Bedürfnissen der in der Arktis lebenden indigenen und lokalen Gemeinschaften Rechnung tragen.“*

Maria Damanaki, EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei, sagte: *„Die Arktis verändert sich rasch und in erheblichem Maße, wodurch neue Wirtschaftsaktivitäten in einem empfindlichen Teil der Welt ermöglicht werden. Die ökologischen Herausforderungen und Chancen erfordern die weltweite Aufmerksamkeit und die EU kann in dieser Hinsicht einen wesentlichen Beitrag leisten: in der Forschung, der Finanzierung, der Bekämpfung der Erderwärmung und der Entwicklung grüner Technologien. Darum geht es bei der integrierten EU-Meerespolitik, nämlich zu gemeinsamen Lösungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ozeane beizutragen.“*

Sowohl die Hohe Vertreterin Ashton als auch Kommissarin Damanaki haben im Frühjahr die Arktis besucht. Catherine Ashton war in Finnland, Schweden und Norwegen, einschließlich Svalbard, und Maria Damanaki in Grönland.

Die Mitteilung enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung des wirksamen Umgangs mit der Arktis. Dazu zählen:

- Unterstützung der Arktisforschung im Rahmen des von der Kommission vorgeschlagenen Forschungs- und Innovationsprogramms „Horizont 2020“ in Höhe von 80 Mrd. EUR (siehe [IP/11/1475](#)),
- Beitrag zu Such- und Rettungsmaßnahmen in der Arktis durch den Einsatz von Beobachtungssatelliten der ersten Generation (siehe [IP/11/1477](#)),
- verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels,
- Nutzung der EU-Fördermöglichkeiten für eine größtmögliche nachhaltige Entwicklung in der Arktis zugunsten der lokalen und indigenen Gemeinschaften,
- Förderung und Entwicklung umweltfreundlicher Technologien für die mineralgewinnende Industrie in der Arktis,
- Stärkung des bilateralen Dialogs über die Arktis betreffende Fragen mit Island, Kanada, Norwegen, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten, u. a. durch den Antrag auf dauerhaften Beobachterstatus im Arktischen Rat,
- verstärkte Bemühungen, regelmäßige Dialoge mit Vertretern von Organisationen indigener Völker über EU-Politiken und –Programme zu führen.

Insgesamt umfasst die Mitteilung 28 Aktionspunkte.

Wichtigste Aspekte der Mitteilung:

- Klimawandel: Die EU ist auf dem Weg, ihre Kyoto-Ziele zu erreichen, hat ihre Verpflichtung zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 % in die einschlägigen Rechtsvorschriften aufgenommen und ist weiterhin dem langfristigen Ziel einer Senkung ihrer Emissionen um 80-95 % bis 2050 verpflichtet.
- Nachhaltige Entwicklung: Für den Finanzierungszeitraum 2007-2013 stellt die EU über 1,14 Mrd. EUR für die Entwicklung des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Potenzials der arktischen Region der EU und angrenzender Gebiete bereit.
- Forschung: Die EU hat in den letzten zehn Jahren einen entscheidenden Beitrag zur Arktisforschung geleistet, indem sie EU-Mittel in Höhe von rund 200 Mio. EUR für internationale Forschungsaktivitäten in der Arktis bereitgestellt hat.

Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, ihren Standpunkt zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zu übermitteln. Mit der Mitteilung werden ferner ein Dialog und ein Konsultationsprozess mit den arktischen Staaten, indigenen Völkern und anderen interessierten Parteien in Gang gesetzt, um die Arktispolitik der EU weiter zu präzisieren.

Hintergrund

2005-2010 war der wärmste je gemessene Zeitraum in der Arktis und in den nächsten 30 bis 40 Jahren wird sie im Sommer voraussichtlich eisfrei sein. Die raschen Veränderungen können möglicherweise den Zugang zu umfassenden natürlichen Ressourcen wie Öl und Gas eröffnen und Schifffahrtswege ermöglichen, durch die die wichtigen Handelsrouten zwischen Europa und Asien zeitlich verkürzt und kostengünstiger werden können. Der Arktische Rat ist das maßgebliche internationale Gremium, das für die nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz in der Arktis zuständig ist. Die Mitglieder des Arktischen Rates sind die arktischen Staaten (Dänemark, das Grönland und die Färöer vertritt, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, Schweden und die USA). Die Organisationen indigener Völker sind ständige Teilnehmer des Arktischen Rates. Im Dezember 2008 beantragte die Europäische Kommission im Namen der EU Beobachterstatus, dieser Antrag wurde Ende 2011 nochmals bekräftigt. Eine Entscheidung über den Antrag wird auf dem Ministertreffen des Arktischen Rates im Mai 2013 in Kiruna erwartet.

Weitere Informationen:

[MEMO 12/517](#): EU's Arctic Policy: Questions and Answers

http://eeas.europa.eu/arctic_region/index_en.htm

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy/sea_basins/arctic_ocean/index_de.htm

Kontakt :

[Michael Mann](#) (+32 2 299 97 80)

[Maja Kocijancic](#) (+32 2 298 65 70)

[Eamonn Prendergast](#) (+32 2 299 88 51)

[Oliver Drewes](#) (+32 2 299 24 21)

[Lone Mikkelsen](#) (+32 2 296 05 67)